

Buhlmann, Florian; Hebsaker, Michael; Siegloch, Sebastian

Research Report

Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2021 - Finanzielle Auswirkungen

ZEW-Kurzexpertise, No. 21-05

Provided in Cooperation with:

ZEW - Leibniz Centre for European Economic Research

Suggested Citation: Buhlmann, Florian; Hebsaker, Michael; Siegloch, Sebastian (2021) : Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2021 - Finanzielle Auswirkungen, ZEW-Kurzexpertise, No. 21-05, ZEW - Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/271637>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Politikparameter zur ZEW Kurzepertise Nr. 5 vom 8. Juli 2021

Die folgende Übersicht fasst die Politikparameter zusammen, die der Analyse für den Artikel „Wer profitiert, wer verliert“ in der Süddeutschen Zeitung vom 7. Juli 2021, einem Folgeartikel am 17. Juli 2021 und der ZEW Kurzepertise Nr. 5 vom 8. Juli 2021 zugrunde liegen. Für einen Fernsehbeitrag des TV-Magazins „Kontraste“ (RBB/ARD) wurden außerdem Parameter zum Wahlprogramm der AfD ergänzt.

Die Parameter wurden gemeinsam von den jeweils beteiligten Journalisten der Süddeutschen Zeitung bzw. der „Kontraste“-Redaktion und einem Forschungsteam des ZEW recherchiert. Die Quelle des Parameters ist jeweils ausgewiesen. Die Analyse umfasst die Bereiche Steuern (Einkommen- und Vermögensteuer), Sozialversicherung, Familienpolitik und Arbeitsmarktpolitik (Mindestlohn, falls Teil des Wahlprogramms).

AfD

- Steuer:
 - Abschaffung Solidaritätszuschlag (Wahlprogramm)
 - Steuertarif auf Rädern – Kalte Progression ausgleichen (Wahlprogramm)
- Familienpolitik
 - Familiensplitting (Wahlprogramm, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/056/1905650.pdf>; <https://dserver.bundestag.de/btd/19/287/1928763.pdf>)

Bündnis 90/Die Grünen

- Steuer
 - Vermögensteuer: 1 Prozent auf Vermögen über 2 Mio./pro Person (Wahlprogramm)
 - Einkommensteuer
 - Anmerkung: Einkommensangaben beziehen sich auf das zu versteuernde Einkommen*
 - Ab 100.000 Euro Steuersatz 45 Prozent (Wahlprogramm)
 - 48 Prozent ab 250.000 Euro (Wahlprogramm)
 - Erhöhung Grundfreibetrag auf 10.344 Euro (Parteiangaben)
 - Abschaffung der Abgeltungssteuer (Wahlprogramm)
- Sozialversicherung:
 - Einbindung Minijob in Sozialversicherung (Wahlprogramm)
- Familienpolitik
 - Kindergrundsicherung (Wahlprogramm, <https://www.gruene-bundestag.de/themen/familie/faire-chancen-fuer-jedes-kind>)
 - Garantiebetrug 290 Euro
 - Einführung KindergeldPlus bis zu: (119 Euro (0-5 Jahre), 188 Euro (6-13 Jahre), 257 Euro (ab 14 Jahre))
- Arbeitsmarkt
 - Mindestlohn 12 Euro (Wahlprogramm)

CDU/CSU

- Steuer
 - Abschaffung Solidaritätszuschlag (Wahlprogramm)
 - Steuertarif auf Rädern – Kalte Progression ausgleichen (Wahlprogramm)
 - Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen bei der Einkommensteuer (Wahlprogramm)
 - Arbeitnehmer Pauschbetrag: Erhöhung auf 1250 Euro (Entwurf des Wahlprogramms)
 - Spitzensteuersatz 42 Prozent ab 80.000 Euro (Entwurf des Wahlprogramms, Annahme an exakte Einkommensgrenze)
- Sozialversicherung:
 - Anhebung Minijobgrenze auf 550 Euro (Wahlprogramm)
- Familienpolitik
 - Alleinerziehenden Freibetrag auf 5000 Euro anheben (Wahlprogramm)
 - Kinderfreibetrag auf Grundfreibetrag anheben (Wahlprogramm)
 - Kindergeld wird analog zum Kinderfreibetrag auf 255 Euro erhöht (Annahme um Verzahnung von Kinderfreibetrag und Kindergeld beizubehalten)

Die Linke

- Steuer
 - Vermögensteuer: *1 Prozent ab 1 Million Euro stetig ansteigend bis ab 50 Millionen Euro der Höchststeuersatz von 5% greift.* (Wahlprogramm)
Anmerkung: In der vorherigen Version wurde mit 5% ab 1 Million Euro gerechnet (Entwurf Wahlprogramm).
 - Abschaffung Abgeltungssteuer (Wahlprogramm)
 - Einkommensteuer (Wahlprogramm)
Anmerkung: Einkommensangaben beziehen sich auf das zu versteuernde Einkommen:
 - Grundfreibetrag auf 14.400 Euro
 - Steuersatz 53 Prozent ab 70.000 Euro
 - Steuersatz 60 Prozent ab 260.533 Euro
 - Steuersatz 75 Prozent ab 1 Millionen Euro
- Sozialversicherung
 - Abschaffung Minijob (Wahlprogramm)
 - Abschaffung Midijob (Wahlprogramm)
 - Abschaffung Beitragsbemessungsgrenze Krankenversicherung (Wahlprogramm)
 - Senkung Krankenversicherungsbeiträge auf 12 Prozent. (Wahlprogramm)
 - Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung: Abschaffung analog zur Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung (Entwurf Wahlprogramm und Wahlprogramm: „Die Beitragsbemessungsgrenze für die [...] Rentenversicherung wird [...] in mehreren Schritten drastisch angehoben)
- Familienpolitik
 - Kindergrundsicherung (Wahlprogramm und <https://dserver.bundestag.de/btd/19/177/1917768.pdf>),
 - Kindergeld 328 Euro

- Zuschlag bis zu: 192 Euro (0-5 Jahre), 275 Euro (6-13 Jahre), 302 Euro (ab 14 Jahre)
- Arbeitsmarkt
 - Mindestlohn 13 Euro (Wahlprogramm)

FDP

- Steuer
 - Abschaffung Soli (Wahlprogramm)
 - Steuertarif auf Rädern - Kalte Progression ausgleichen (Wahlprogramm)
 - Chancentarif / Abflachung des Mittelstandsbauchs (Wahlprogramm)
 - Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift ab 90.000 Euro z.v.E. (Wahlprogramm)
- Sozialversicherung:
 - Anhebung Minijobgrenze auf (60 mal Mindestlohn) (Wahlprogramm, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/083/1908375.pdf>)
 - Anhebung Midijobgrenze auf (145 mal Mindestlohn) (Wahlprogramm, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/083/1908375.pdf>)
- Familienpolitik
 - Kinderfreibetrag erhöhen um 600 Euro (Wahlprogramm, Annahme an exakten Wert)
 - Freibetrag für Alleinerziehende erhöhen um 600 Euro (Wahlprogramm, Annahme an exakten Wert)
 - Kinderchancengeld (Wahlprogramm, Parteiangaben, <https://www.fdpbt.de/fdp-fraktion-fordert-kinderchancengeld>):
 - Kindergeld 215 Euro
 - Flexibetrag 215 Euro (Annahme, analog zur Anpassung des Kindergeldes)

SPD

- Steuer
 - Vermögensteuer: 1 Prozent auf Vermögen über 2 Mio. pro Person (Wahlprogramm, https://indieneuezeit.spd.de/fileadmin/pv/Dokumente/BPT2019/Beschluesse/B1_1_Die_Vermoegensteuer_wieder_einfuehren_Verteilungsgerechtigkeit_herstellenn.pdf)
 - Einkommensteuer (Wahlprogramm, Parteiangaben),
Anmerkung: Einkommensangaben beziehen sich auf das Bruttoeinkommen:
 - Verschiebung alter Spitzensteuersatz (42 Prozent) auf 85.000 Euro (ca. 72.000 Euro z.v.E.)
 - 85.000 – 100.000 Euro Anstieg auf 45 Prozent (ca. 87.000 Euro z.v.E.)
 - 48 Prozent ab 250.000 Euro (ca. 237.000 Euro z.v.E.)
- Sozialversicherung:
 - Anhebung Midi-Grenze 1600 Euro (Wahlprogramm)
 - Einbindung Minijob in Sozialversicherung (Wahlprogramm)
- Familienpolitik
 - Kindergrundsicherung (Wahlprogramm, nach Rücksprache mit SPD orientiert am DGB-Modell)
 - Kindergeld 250 Euro
 - Zusätzlich bis zu: 129 Euro (0-5 Jahre), 246 Euro (6-13 Jahre), 275 Euro (ab 14 Jahre)
- Arbeitsmarkt
 - Mindestlohn 12 Euro (Wahlprogramm)